

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

29. Jänner 2019

zum Thema

**Plastiksackerl-Verbot ist ein kleiner erster Schritt:
Vorschläge des Umweltressorts
für eine Trendwende bei Getränkeverpackungen**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Öö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Plastiksackerl-Verbot ist ein kleiner erster Schritt Vorschläge des Umweltressorts für eine Trendwende bei Getränkeverpackungen

Durch den Einsatz von Kunststoff als Verpackungsmaterial ist eine Lawine an Wegwerf-Plastik entstanden, die sich nur äußerst langsam abbaut und viel zu selten wiederverwertet oder gar wiederverwendet wird. Plastikmüll belastet unsere Meere enorm und wurde in Form von Mikroplastik sogar im menschlichen Körper nachgewiesen. Umwelt-Landesrat Anschober will nun die Menge an Wegwerfplastik in den kommenden fünf Jahren halbieren. In Oberösterreich wurden über die kommunale Abfallsammlung im Jahr 2017 rund 32.400 Tonnen Kunststoffverpackungsabfälle getrennt gesammelt, das entspricht einer Menge von rd. 22 kg pro Einwohner/in - Getränkeverpackungen machen einen Großteil davon aus. Würde man die 22 Kilogramm Kunststoffverpackungsabfälle in leere 1,5 Liter PET Flaschen umrechnen, würden pro Jahr und pro Person 570 Flaschen anfallen. Stapelt man diese Flaschen dann noch übereinander, wäre der Stapel 202 Meter hoch und würde den Linzer Dom um fast 70 Meter überragen!

„Wir müssen bei Getränkeverpackungen jetzt Maßnahmen setzen. Es braucht ein flächendeckendes Mehrweg-Angebot für Konsument/innen, eine enge Zusammenarbeit mit der kunststofferzeugenden Industrie um das Produktdesign zu verbessern, sowie Bewusstseinsbildung in Bevölkerung und Wirtschaft. Mein Eindruck nach vielen Gesprächen in den letzten Wochen ist, dass wir jetzt eine echte Chance haben für eine Halbierung“, so die Einschätzung von Umwelt-Landesrat Anschober.

Anschober fordert von der Bundesregierung daher ein umfassendes Programm für Mehrweg bei Kunststoffverpackungen - unter anderem durch die Einführung eines Pfandsystems oder einer verbindlichen Mehrweg-Quote für Getränkeverpackungen, sowie durch ein vollständiges Verbot von

Mikroplastik und eine Initiative innerhalb der UNO für eine Anti-Plastik-Politik für die Meere. In Österreich ist der Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen seit Jahren auf einem geringen Niveau von ca. 18 % stagnierend und hat in den Jahren davor dramatisch abgenommen. Die Einhebung eines flächendeckenden Getränkepfandes würde zu einer deutlichen Steigerung der sortenreinen Sammlung sowie einer Reduktion des Litterings bei Getränkeverpackungen führen. Ein weiterer wesentlicher Schlüssel zur Reduktion von Plastikprodukten und damit für den Schutz unserer Umwelt vor der „Vermüllung“ ist ein ökologisches Produktdesign. Daran arbeitet das Umweltressort gemeinsam mit Produzenten, dem Handel, den Verwertern und der Abfallwirtschaft.

Mehrweg und Produktdesign als Schlüsselfaktoren

Die Vermüllung im öffentlichen Raum nimmt zu. Grund dafür - die vielen „To-Go“- und „Take Away“-Produkte, ein schneller Kaffee im Plastikbecher, eine kleine Mahlzeit vom Imbiss in der Plastikschaale mit Einwegbesteck – vielfach bleiben die Verpackungen in Parks und Straßengraben zurück, Verunreinigen die Böschungen und verstopfen Abflüsse.

„Wir müssen unseren Umgang mit Plastik ganz grundsätzlich überdenken Für Einwegverpackungen gibt es in vielen Bereich ressourcen- und umweltschonende Alternativen. Produktdesign, um die Recyclierbarkeit bestmöglich sicherzustellen, sowie Mehrwegverpackungen müssen auf Bundesebene endlich ernsthaft diskutiert und vorangetrieben werden. Das von der Bundesregierung groß verkündete Plastiksackerlverbot kann nur als Signal gewertet werden, nun endlich echte Lösungen für die Herausforderungen zu finden“, betont Landesrat Anschober.

Forderung nach verpflichtenden Maßnahmen für mehr Mehrwegverpackungen

In Österreich ist der Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen seit Jahren auf einem geringen Niveau von ca. 18 % stagnierend (Quelle: Bericht Nachhaltigkeitsagenda 2017, ohne Fass und Container). Der Gesamt-Mehrweganteil wird wesentlich von Bier in 0,5 l-Mehrwegglasflaschen getragen, hier beträgt der Mehrweganteil noch rd. 44 %.

Bis dato ist kein flächendeckendes Mehrweg-Angebot für Konsument/innen im Einzelhandel vorhanden, für Gastronomie/Großhandel dagegen bieten bereits zahlreiche Brauereien die 0,33 l Mehrwegflasche an. Um im wachsenden Bereich 0,33 l-Bierflasche flächendeckend Mehrweg im Einzelhandel zu etablieren, braucht es rasch eine verbindliche Vorgabe für eine standardisierte Flasche.

Die Landesumweltreferent/innenkonferenz fasste im Juni 2018 einen Beschluss dazu und ersucht darin die Umweltministerin wirksame Maßnahmen vorzusehen, um die flächendeckende Wiedereinführung von Mehrweggetränkeverpackungen im Einzelhandel, wie z.B. 0,33 l Bier oder Milch, zu unterstützen.

Gemeinsame Resolution in Landtagssitzung

Passiert ist auf Bundesebene seither nichts – anders auf Landesebene: hier einigte man sich in der letzten Sitzung des Umweltausschusses auf einen gemeinsamen Resolutionstext zur „Förderung von Mehrwegverpackungen sowie die Prüfung einer Weiterentwicklung der Österreichischen Pfandlösung für Getränkeverpackungen“. Wesentlich ist, den Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen von derzeit rund 25 % nach oben zu steigern – vor allem auch bei Limonaden, Fruchtsäften und Mineralwässern.

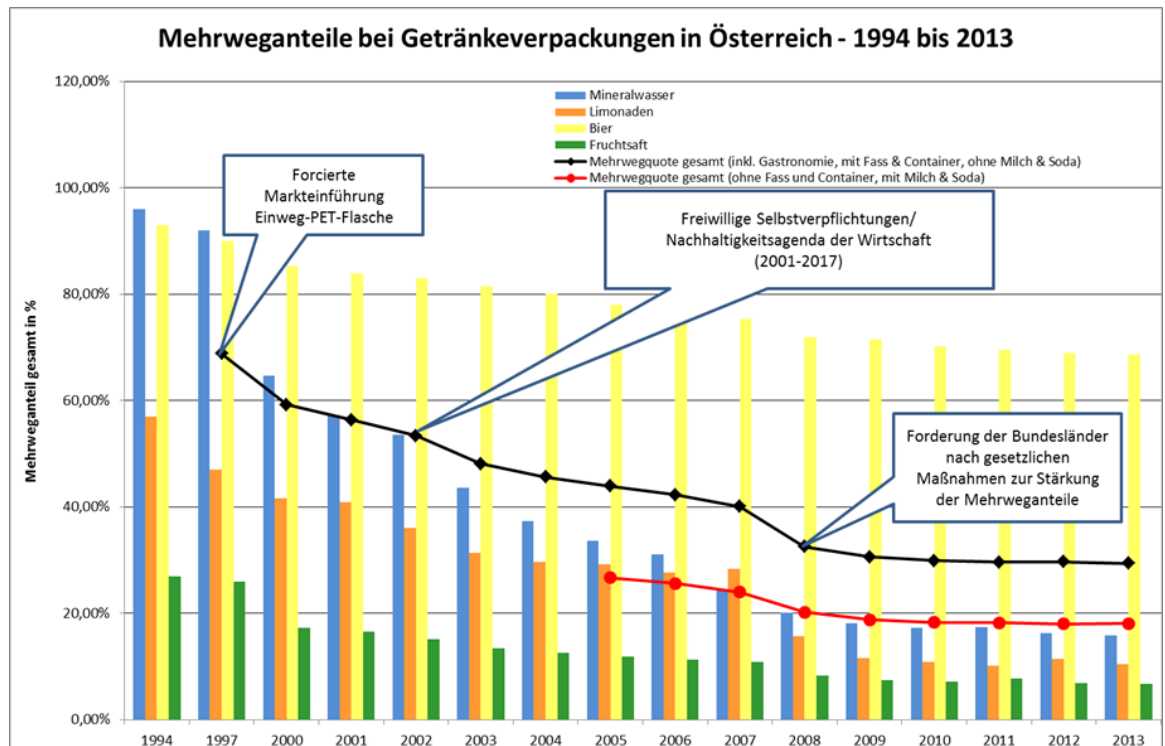


Abbildung 1: Mehrweganteil Getränkeverpackungen Österreich (Land OÖ)

Die Einhebung eines flächendeckenden Getränkepfandes würde zu einer deutlichen Steigerung der sortenreinen Sammlung sowie einer Reduktion des Litterings bei Getränkeverpackungen führen – das zeigen Positivbeispiele weltweit (39 Pfandsysteme).

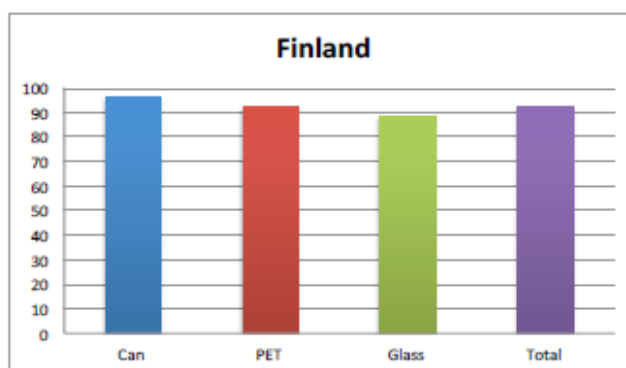


Abbildung 2: Positivbeispiel Finnland (LAV OÖ)

Auch in Österreich wären effektive Pfandsysteme für Einwegflaschen und Metalldosen rasch einzuführen wie dies bereits in acht europäischen Ländern (Deutschland, Dänemark, Estland, Litauen, Finnland, Kroatien, Schweden, Norwegen) geschehen ist.

Auch der Landesabfallverband Oberösterreich spricht sich für die Einführung eines Pfandsystems klar aus. Zahlreiche Argumente sprechen dafür:

- **Littering** in den Griff bekommen: Für die Reinigung von Straßen und öffentlichen Plätzen werden rund 3 Millionen Euro pro Jahr in Oberösterreich aufgewendet (Straßenmeistereien). Hinzu kommt der finanzielle Aufwand der Gemeinden.
- **Erfassungsquote – Recyclingquote:** Die EU-Plastikstrategie gibt ambitionierte Quoten für die Erfassung von PET-Flaschen sowie für das Recycling von Kunststoffverpackungen vor. Höhere Rücklaufquoten durch ein Pfandsystem werden auch zu einer höheren Recyclingquote beitragen.
- **Erhöhung Mehrweganteil:** Ein Vergleich mit Deutschland zeigt, dass seit Einführung des Pfandsystems der Mehrweganteil größtenteils stabil geblieben ist – im Gegensatz zu Österreich wo der Anteil an Einweggetränkeverpackungen aktuell einen Höchststand von etwa 70 % aufweist.
- **automatische Rücknahmestationen:** Positivbeispiele aus aller Welt zeigen: Pfandsysteme sind für Bürger/innen nicht mit einem enormen Mehraufwand verbunden, wenn man klug durchdachte Konzepte umsetzt wie etwa in Schweden, wo es automatisierte Rücknahmestationen auch in den ASZ gibt und man sich den Betrag gleich auf sein Konto überweisen lassen kann oder alternativ an das UNHCR spenden kann.

Umweltressort lädt öö. Key-Player der Kunststoffbranche zum Austausch

„Das Erreichen von der EU vorgegebenen Erfassungsquote von PET-Flaschen (bis 2025: 77 % bis 2030: 90 %) sowie die Steigerung des Anteils von Mehrweggetränkeverpackungen kann ein gut durchdachtes Pfandsystem schaffen – dabei können wir uns an Positivbeispielen

orientieren. Wesentlicher Schlüssel zur Reduktion von Einwegplastik und damit für den Schutz unserer Umwelt vor der „Vermüllung“ ist ein ökologisches Produktdesign“, fasst Anschober zusammen.

Deshalb lud er im Jänner ein weiteres Mal Stakeholder entlang des gesamten Produktlebenszyklus als auch Institute, die sich mit dem Thema Kreislaufwirtschaft intensiv auseinander setzen, zum zweiten Runden Tisch Kunststoff-Kreislaufwirtschaft ein.

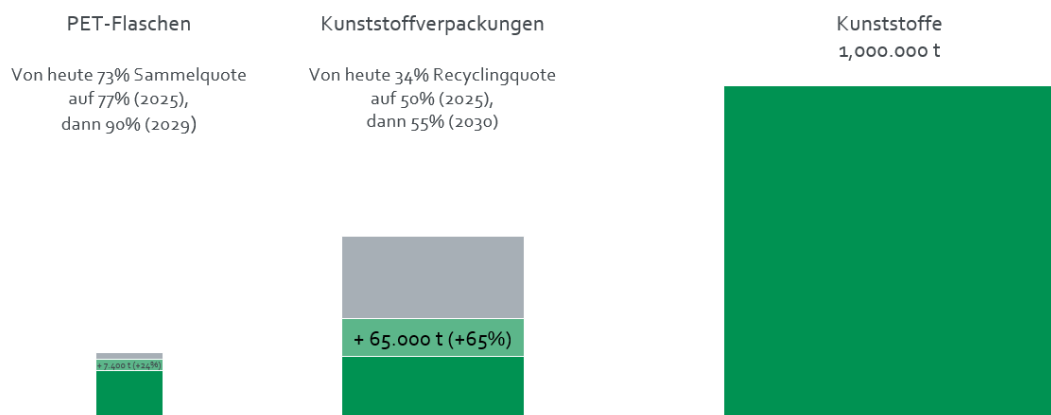


Abbildung 3: Vorgaben EU-Plastikstrategie (ARA)

Schon bei der Gestaltung der Produkte muss auch deren Auswirkung auf die Umwelt mitgedacht werden. Für die Kreislaufwirtschaft wichtig sind die Zusammensetzung, Haltbarkeit, Demontage, Reparaturfähigkeit und Recyclingfähigkeit eines Produktes, so die gemeinsame Auffassung. Nur so kann die ehrgeizige EU-Recyclingquote von 50 % im Jahr 2025 erreicht werden.

LR Anschober: „In Oberösterreich gibt es eine Vielzahl an innovativen Unternehmen und großes Know-How im Umweltbereich. Für optimales Ressourcenmanagement und eine Weiterführung der Kreislaufwirtschaft ist aber die Vernetzung der Vorreiter/innen untereinander und mit der Politik – um hier unterstützend und gestaltend einzuwirken – nötig. Ich freue mich schon auf daraus resultierende Projekte und Lösungen.“

Plastik in unserer Umwelt

Laut der Umweltorganisation Global 2000 kommen auf 100 Meter Mittelmeerstrand 91 Plastikflaschen, 78 Plastiktüten, 131 Strohhalme oder Einwegbesteck, 110 Plastikverschlüsse, 37 Wattestäbchen und 31 Einwegverpackungen.

Greenpeace hat gemeinsam mit anderen Umweltschutzorganisationen auf sechs Kontinenten in 42 Ländern, darunter auch in Österreich, Plastikmüll eingesammelt. Rund 187.000 Stück Wegwerfplastik hat die Umweltallianz "Break free from Plastic" in Städten, entlang von Stränden sowie in Parks gefunden.

Ein Blick in Supermarktregale: in Plastik abgepacktes Obst und Gemüse, vorgeschnipstes Suppengemüse in Plastik, sogar schon geschälte Bananen oder Karotten mit Plastik-Haut.

Mikroplastik wird extra hergestellt, um als Zusatz in Kosmetika, wie Duschgels oder Zahnpasten, oder in Kinderspielzeug etc. verwendet zu werden. Dazu kommt der Plastik-Abrieb über die Waschmaschine, etwa durch Fleecejacken.

Die Weltproduktion an Kunststoff hat sich seit den 1960er Jahren auf 322 Millionen Tonnen verzwanzigfacht.

Mikroplastik-Studie Umweltbundesamt

Von Mikroplastik liest und hört man immer häufiger. Mikroplastik im Wasser, im Boden und sogar in unserem Essen wurde bereits nachgewiesen. In einer Pilotstudie des Umweltbundesamtes gemeinsam mit der Medizinischen Universität Wien wurde auch Mikroplastik im menschlichen Körper gefunden. Bei allen der acht Teilnehmer/innen der Studie wurden im Stuhl Kleinstteilchen von Plastik nachgewiesen – durchschnittlich 20 Mikroplastik-Teilchen pro 10 Gramm Stuhl.

Als mögliche Quelle des Eintrages von Mikroplastik in den menschlichen Körper geben die Forscher/innen Lebensmittel an sich (bspw. Meeresfrüchte aber auch Meersalz oder sogar Leitungswasser) bzw. in Plastik verpackte Lebensmittel an. Weitere potentiell relevante Quellen für Mikroplastik sind aber auch der Abrieb von Reifen oder etwa das durch Abwaschen von Körperpflegeprodukten ins Wasser gelangende Mikroplastik bzw. der Faserabrieb bei Textilkleidung.

„Studienergebnisse wie diese zeigen drastisch, wie dringend Handlungsbedarf im Umgang mit Einwegkunststoffen besteht. Neben Maßnahmen, wie sie in der EU-Plastikstrategie vorgesehen sind, und das österreichische Plastiksackerl-Verbot, muss aber auch das Thema Mehrweggebinde in Österreich endlich ernsthaft angegangen werden“, kommentiert LR Anschober das Ergebnis der Studie.

Oö. Umweltressort analysiert Mikroplastik im Boden

Ein österreichweit einzigartiges Projekt gemeinsam mit Umweltbundesamt und Universität für Bodenkultur soll zeigen, inwieweit Mikroplastik durch verschiedene Eintragspfade in oberösterreichische Böden gelangt bzw. bereits in Böden vorhanden ist. Zu untersuchende Eintragspfade von Mikroplastik in den Boden ist über Klärschlamm, Kompost, Biogasgülle, Bauwirtschaft, Straßenverkehr, Littering etc.

Vorrangig sollen Böden untersucht werden, die durch die angeführten Eintragspfade mit Mikroplastik beaufschlagt wurden. Vergleichsproben (Hintergrundwerte) sollen zeigen, inwieweit diffuse Einträge im Boden nachweisbar sind.

Erste Untersuchungen von Proben über den Eintragspfad Kompost wurden bereits durchgeführt. So wurden Kompostproben bei sechs verschiedenen Kompostierungsanlagen (Biotonne, nur Strauchschnitt, Einzugsgebiet städtisch oder überwiegend ländlich etc.) entnommen. In einem weiteren

Schritt wurden die Kunststoffpartikel separiert und vom Umweltbundesamt charakterisiert. Weitere Eintragspfade werden nun untersucht.

Anschober: Internationale Konvention zum Stopp der Verschmutzung der Meere

In mehreren EU-Mitgliedsstaaten schlagen Umweltpolitiker/innen derzeit einen Vorstoß zur Eindämmung der Verschmutzung von Meeren mittels UNO-Konvention vor. Ein völkerrechtlich verbindlicher Umweltvertrag, siehe bspw. Montreal-Protokoll von 1987, zur Reduktion von ozonschädlichen FCKW-Gasen, soll den Mitgliedsstaaten verbindliche Reduktionsziele von Plastikmüll auferlegen sowie klare Strafmechanismen bei Zuwiderhandeln enthalten, so, wie bei den FCKW-Gasen auch geschehen. Oberösterreichs Umwelt-Landesrat Rudi Anschober schlägt dafür eine Initiative der Bundesregierung in der UNO vor.